

Parlamentarischer Abend Berlin: Zentralverband diskutiert mit hochrangigen Politikern

Starker Auftritt des Friseurhandwerks

Seit langem kämpft das Friseurhandwerk gegen die Ignoranz der Politik. Und das obwohl die Branche zu den ausbildungs- und beschäftigungsstärksten Berufen im Handwerk gehört. Für viele eine frustrierende Erfahrung. Jetzt hat der Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks (ZV) die Sorgen und Nöte des Berufsstandes in Berlin noch einmal deutlich in Erinnerung gerufen. Vor dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Ernst Burgbacher, und rund 20 Abgeordneten des Bundestages stellte ZV-Präsident Andreas Popp die problematische Branchensituation im Kontext von Stagnation, Schwarzarbeit und ruinösem Preiswettbewerb dar. „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen grundlegend verbessert werden, damit das Friseurhandwerk seine hohe Beschäftigung und seine überdurchschnittliche Ausbildungsleistung auch in Zukunft gewährleisten kann.“

Verständnis für die schwierige Situation der Friseure

Im Rahmen eines Parlamentarischen Abends in der Goldwell Academy stieß die ZV-Delegation unter der Leitung von Präsident Andreas Popp und Hauptgeschäftsführer Rainer Röhr in den Gesprächen mit Staatssekretär Ernst Burgbacher und den Repräsentanten aus den Fraktionen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen auf viel Verständnis für die schwierige Situation der Friseure. Besonders die Notwendigkeit, die Umsatzsteuergrenze von derzeit 17.500 Euro zu reduzieren oder abzuschaffen, um der Schwarzarbeit und den Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken, fand Zuspruch bei vielen Parlamentariern. Zurückhaltung dagegen bei der Mehrwertsteuer-Forderung: Eine „Insellösung“ wie bei den Hoteliers wurde mehrheitlich abgelehnt. Angesichts der dramatischen Haushaltssituation wolle man nun erst die grundsätzliche Systemprüfung der Reformkommission abwarten, um die Erfolgchancen besser bewerten zu können. ZV-Präsident Andreas Popp verwies auf die jüngste Studie der Universität Göttingen, in der einmal mehr die positiven Beschäftigungserfolge einer MwSt-Senkung im Friseurhandwerk belegt werden. Der Zentralverband hatte bereits im Februar alle relevanten Politiker auf Bundesebene ausführlich über die neue wissenschaftliche Arbeit informiert. ZV-Präsident Popp blieb optimistisch: „Über die MwSt-Frage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir haben uns gut positioniert und werden gerade im Hinblick auf die Kommissionsarbeit weiter Überzeugungsarbeit leisten.“

Einigkeit über Handlungsbedarf im Friseurhandwerk

Im Laufe der Podiumsdiskussion, die von der ZEIT-Redakteurin Petra Pinzler moderiert wurde, war man sich schnell über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig, dass gerade angesichts der wachsenden Schwarzarbeit und der sich verschärfenden Wettbewerbsverzerrungen im Friseurhandwerk dringend Handlungsbedarf besteht. Als Vertreter der Regierungskoalition

plädierten die Vorsitzende der AG Handwerk in der Unionsfraktion, Lena Strothmann, und Staatssekretär Ernst Burgbacher (FDP) dabei für Entlastungen im Rahmen der angekündigten Steuerreform. Der Grünen-Abgeordnete Dr. Thomas Gambke präferierte eine Senkung der Sozialabgaben im niedrigen Einkommensbereich, von der auch die Arbeitgeber profitierten. Der mittelstandspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Friedrich, zog sogar den ungehinderten Zugang zur Selbstständigkeit im Friseurhandwerk in Zweifel, weil durch den ungehemmten Gründerboom in der aktuellen Situation eine langfristig orientierte Unternehmenskultur nachhaltig gestört werde.

Partner Goldwell: größere Steuergerechtigkeit für Friseurbetriebe

Auch Goldwell als enger Partner des Zentralverbandes setzte sich in Berlin für die politischen Anliegen des Friseurhandwerks ein. Der Chef des weltweit exklusiv für Friseure agierenden Unternehmens, Goldwell CEO Thomas Dieckhoff, ließ es sich nicht nehmen, persönlich am Parlamentarischen Abend teilzunehmen, und demonstrierte so den Schulterschluss mit dem Zentralverband. Während der Veranstaltung im Goldwell-Hauptstadtstudio forderte auch Dieckhoff eine nachhaltige Stärkung des Friseurimages und eine größere Steuergerechtigkeit für Friseurbetriebe.

Überzeugende Argumente für die Forderungen des Friseurhandwerks

Das Friseurhandwerk hatte in Berlin einen starken Auftritt. So veranschaulichten Vertreter der Innung Berlin, des Landesverbandes Brandenburg, des ZV-Wirtschaftsausschusses und des ZV-Filialistenbeirates in den Gesprächen mit den Parlamentariern die Darstellung des komplexen Marktgeschehens mit ihren Einschätzungen der Branchenentwicklung. Organisatorische und interessenpolitische Schützenhilfe gab es auch vom Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). Matthias Lefarth, Leiter der Abteilung Steuerpolitik ZDH, kritisierte die Umsatzsteuer-grenze von 17.500 Euro als ein wachsendes Problem, das nicht nur eklatante Wettbewerbsver-zerrungen erzeuge, sondern dem Staat auch beachtliche Steuerausfälle beschere. ZV-Hauptgeschäftsführer Rainer Röhr zog am Ende des Abends eine positive Bilanz: „Wir haben hier die politische Aufmerksamkeit auf die wichtigen Themen der Branche konzentriert und dabei eine überzeugende Argumentation für die Forderungen des Friseurhandwerks abgege-ben.“

Köln, 21.04.2010
13/2010 dik